

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Lannen“

Fernsprecher
No 11

Beiblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abdruck: 10 Spalten. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 8 Pfennige. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 6 Pfennige. — Für telegraphische Adressen übernehmen wir keine Verantwortung. — Für telegraphische Adressen übernehmen wir keine Verantwortung.

Br. 163.

Altensteig, Montag den 14. Juli.

Jahrgang 1924

Sur Aufwertungsfrage.

Von Obersekretär Hammer, Sulzbach.

Die Geldwertung hat durch die völlige Vernichtung des Kleinkapitals weiteste Kreise des deutschen Volkes in bitterste Not gebracht, während gewisse Leute es verstanden haben, aus dem Niedergang ihrer Nerven ungeheure finanzielle Vorteile zu ziehen. Mit Recht wird von Seiten der Enttäuschten eine angemessene Aufwertung ihrer Vorkriegsforderungen verlangt. Wohl hat man durch die Dritte Steuernotverordnung versucht, diese Frage wenigstens bezüglich der Forderungen an Privatschuldner zu lösen, während man die Gläubiger der öffentlichen Körperschaften bis zur Lösung des Reparationsproblems zu verdrängen suchte. Aber dieser Weg hat nur den Unwillen und die Unzufriedenheit unter den Reihen der Betroffenen verstärkt. Nicht nur die Zurückstellung der Aufwertung der öffentlichen Schulden, sondern auch die bezüglich der Aufwertung der Privatschulden getroffenen Anordnungen sind Gegenstand kühner Angriffe.

Zweifellos ist eine gesetzliche Regelung der Aufwertung wünschenswert. Da die Lösung des Einzelfalles im ordentlichen Rechtsweg wohl auch nicht immer befriedigende Resultate zeitigen würde und eine gleichartige Regelung nicht immer gewährleistet wäre. Aber die notwendige gesetzliche Regelung müßte in weitgehendem Maße dem Rechtsempfinden des Volkes Rechnung tragen. Eine der ersten Voraussetzungen für diesen Begriff wäre, daß man das Maß der Aufwertung in ein gewisses Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Schuldners bringen würde. Die gesetzliche Regelung der Aufwertungsfrage müßte sich auf eine diesbezügliche Bestimmung beschränken und könnte höchstens noch so weit gehen, daß sie einen Höchst- und Mindestfuß für das Maß der Aufwertung festlegen würde. Die Einfügung des einzelnen Schuldners in diesen Aufwertungsrahmen könnte man zunächst der freien Vereinbarung überlassen. Käme hier keine Verständigung zustande, so könnte unter Ausschluß des Rechtswegs ein besonderes Schiedsgericht zur Entscheidung angerufen werden, so daß die gefährdete Hebung der Gerichte nicht eintreten würde. Die Leistungsfähigkeit des Schuldners müßte aber die gleiche Rolle bei den öffentlichen wie bei den privaten Schulden spielen. Außer dem Reich ist keiner der öffentlichen Schuldner Träger der Reparationslasten, also spielen für diese dieselbe eine nur untergeordnete Rolle. Ausschlaggebend müßte immer sein, was die einzelne Körperschaft außer ihren etwaigen Besteuerungsrechten für ein reales Vermögen besitzt.

Freilich würden auch bei scharfer Heranziehung der Schuldner unter dem Gesichtspunkt ihrer derzeitigen Leistungsfähigkeit viele Forderungen wegen „Nichtleistungsfähigkeit“ der Schuldner unausgewertet bleiben. Ich denke hier hauptsächlich an die Sparkassen, viele Banken und Versicherungsgesellschaften. Diese haben allerdings sehr viele um ansehnliche Vorkriegswerte gebracht, haben aber andererseits wenigstens zum größten Teil in der Inflation teilweise durch den Mangel an Gelegenheit zu wertbeständigen Kapitalanlagen, teilweise durch eine kurzfristige Kreditpolitik nicht nur das Vermögen ihrer Gläubiger, sondern auch den größten Teil ihrer Vorkriegssubstanz verloren. Eine gegenüber den Geschädigten recht dankbare Aufgabe würde das Reich übernehmen, wenn es eine empfindliche Abschneidung der Inflationsgewinne vornehmen würde, allerdings nicht, um den Ertrag derselben in den unergründlichen Sack des Reichshaushalts zu werfen, sondern für die angemessene Aufwertung seiner Schulden zu verwenden. Vielleicht könnte davon noch etwas für die öffentlichen Schuldner (Sparkassen) abfallen, die aus eigenen Mitteln nicht einer angemessenen Aufwertung nabertreten können.

Durch eine solche Lösung der Aufwertungsfrage würde vor allen Dingen ein großer Teil der Kapitalrentner, die heute der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen müssen, wieder auf eigene Füße gestellt, so daß die Öffentlichkeit hier wieder eine gewisse Entlastung erfahren würde und andererseits diese Leute das drückende Gefühl, von milde Gaben leben zu müssen, abgenommen würde. Insbesondere letzteres Moment wäre von außerordentlicher Bedeutung für das moralische Empfinden des Volkes. Wer mit der Fürsorge für diese Kreise schon zu tun hatte, weiß wie lange sich diese Leute sträubten, sich in die öffentliche Fürsorge zu begeben und man empfindet mit einem gewissen Stolz, daß es wirklich in unserem Volk noch gewisse Pflegetätten für ein moralisches Feingefühl gibt.

Nicht zuletzt würde durch eine befriedigende Lösung der Aufwertungsfrage weiten Kreisen unseres Volkes ihr schwer verletztes Rechtsgefühl wiedergegeben und der Glaube, daß „Gesetzgebung“ unbedingt „Recht“ bedeutet, wieder hergestellt. Zweifellos würde die deutsche Wirtschaft durch einen solchen Schritt das ihr gegenüber sehr erschütterte Vertrauen im In- und Ausland empfindlich stärken, wenn er auch einer Reihe kranker Existenzen das Leben kosten würde. Der allgemeine Reinigungsprozeß muß in unserer Wirtschaft vor sich gehen. Wenn er etwas rascher sich entwickelt, muß dies nicht unbedingt zum Schaden des Ganzen sein, viel wertvoller für das Staatsganze wäre früher ein gesunder Mittelstand, wie wir ihn vor dem Krieg hatten.

Die Rationalisierung der Produktion.

Das Recht muß im Wirtschaftsleben den natürlichen Verhältnissen folgen, es kann von sich aus keine neuen Verhältnisse schaffen. Da, wo der Gesetzgeber allgemeine wirtschaftliche Regeln und Ursachenzusammenhänge zu durchbrechen sucht, erleidet er in den meisten Fällen Schiffbruch. Ein Beispiel hierfür! Man hatte im Kriege zur Bekämpfung des Wuchers und zum Schutze des Konsumenten den prozentualen Gewinn des Händlers an der verkauften Ware nach oben gesetzlich begrenzt. Die immer mehr zunehmende Warenknappheit aber schuf ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das weit höhere Preise wirtschaftlich rechtfertigte. Die natürliche Folge davon war, daß eine immer größere Anzahl von Händlern sich zwischen Produzenten und Konsumenten einschob, die alle den vorchriftsmäßigen Gewinn einlocken konnten. Es entstand so der berühmte Kettenhandel, der nun seinerseits wieder, meist mit sehr geringem Erfolg auf gesetzlichem Wege bekämpft wurde.

An den Folgen dieser, sowie sehr vieler anderer Kriegswirtschaftserscheinungen haben wir nachgerade jetzt, wo der kritische Punkt überschritten werden muß, schwer zu tragen. Unzählige Personen sind, ohne Berücksichtigung ihrer Befähigung in das geschäftliche Leben hineingedrängt worden. Handel und Industrie weisen eine beängstigende Ueberorganisation auf in einer Zeit, wo größte Sparsamkeit und rationelle Ausnutzung aller Kräfte den Produktionsprozeß und den Handel beherrschen müssen. Denn jetzt sind die Verhältnisse in der Preisgestaltung ganz andere. Die Preise am Weltmarkte sind so niedrig, daß sie in vielen Fällen unter den deutschen Produktionskosten stehen. Es wird daher jeder Erzeuger bestrebt sein, seine Ware nach Möglichkeit im Inlande abzusetzen, um wenigstens für einen Teil der Vorräte, die sich im Laufe der letzten Zeit oft in großen Mengen angeammelt haben, einen höheren Preis zu erzielen. Die Kaufkraft im Inlande ist aber so gering, daß auch hier nur ein Preis, der wenig über den Produktionskosten steht, erzielt werden kann. Es wird daher der Erzeuger den Großhandel, und letzterer den Kleinhandel zu umgehen suchen. Alle diejenigen, die sich auf dem Wege, den die Ware vom Erzeuger zum Verbraucher geht, festgesetzt haben, haben keine Möglichkeit mehr, einen genügenden Gewinn zu erzielen. Wenn auch die dadurch hervorgerufene Vereinigung unserer Volkswirtschaft von überorganisatorischem Seiwert zu begrüßen ist, so wird doch jetzt unter der Wucht der Verhältnisse das Rind mit dem Bade ausgeschüttet. Das Maß, in dem sich die Zahl der Konkurse von Tag zu Tag steigert, ist schon mehr als eine bloße Vereinigung, das ist schon beginnendes Absterben unserer ganzen Volkswirtschaft!

Es muß daher unbedingt wieder eine größere Spannung zwischen Erzeugungskosten und Warenpreisen erzielt werden. Da das auf dem Wege der Preissteigerung nicht möglich ist, im Gegenteil die Preise noch sinken müssen, so bleibt nur die andere Möglichkeit, nämlich die Herstellungskosten herabzubringen. Die Fabrikationsmethoden sind, soweit nur irgend möglich, zu vervollkommen. Daß die technische Fabrikationsweise bei uns jetzt vielfach manche Rückstände aufweist, ist durch die unglücklichen Verhältnisse erklärlich und infolge Kapitalmangels schwer zu ändern. Weit verhängnisvoller ist die Rückständigkeit, in die wir in Bezug auf die Arbeitsmethoden unserer Hauptkonkurrenten gegenüber geraten sind. Das Verhältnis der produktiven zu den unproduktiven Kräften ist häufig umgekehrt, die rationelle und zweckmäßige Ausnutzung der einzelnen Arbeitskraft läßt oft viel zu wünschen übrig. In Organisation und Durchführung wird noch vielfach nach veralteten Methoden gearbeitet usw. Hier könnte noch viel gebessert werden. Die einfachere Verlängerung der Arbeitszeit ist es allein noch nicht getan.

Freiwillige Mehrleistung.

Auf dem internationalen Arbeitskongreß in Genf ist eingehend über das Achtstundentagesproblem gesprochen worden. Als Vertreter der sozialistischen deutschen Arbeiterschaft sprach der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller. Er wandte sich gegen die Darstellung, welche der deutsche Regierungsvorsteher Dr. Leymann von der seitens der Reichsregierung in der Arbeitszeitfrage eingenommenen Haltung gegeben hatte, und erklärte feierlich, daß sich die deutsche Arbeiterschaft den Achtstundentag wiedererkämpfen werde, sobald sie die nötige Macht hierzu besitze. Damit hat ein angesehenere Vertreter der linksstehenden deutschen Arbeiter wieder einmal an die Gewalt appelliert, um wirtschafts- und sozialpolitische „Fortritte“ durchzusetzen. — Aus der Rede Hermann Müllers muß ein Satz besonders hervorgehoben werden. Der frühere deutsche Reichskanzler stellte fest, daß durch längere Arbeit die Produktion nur erhöht werden könne, wenn sie vom Arbeiter freiwillig geleistet werde. In der Tat sind alle gesetzgeberischen Maßnahmen zur Behebung der Produktion wirkungslos, wenn die Beteiligten nicht gewissenhaft und freudig entsprechend handeln.

Die ausländischen Vertreter, die in den Genfer Verhandlungen zu Worte kamen, sprachen sich dahin aus, daß die Aufhebung des Achtstundentages in Deutschland eine Reihe von anderen Völkern zu einer gleichen Maßnahme veranlassen würde, damit sie beim Wettbewerb auf dem Weltmarkte Deutschland gegenüber nicht ins Hintertreffen gerieten. Damit ist zugegeben, daß eine verlängerte Arbeitszeit eine Steigerung und Verbilligung der Produktion ermöglicht. Die Beweisführung, daß Deutschland trotz der Belastung mit den Reparationsbeiträgen genau so gut wie die anderen Völker mit dem Achtstundentag auskomme, ist höchst anfechtbar. Es ist zugegeben, daß eine einseitige Steigerung der Arbeitsleistung ohne gleichzeitigen Zwang zur Rationalisierung und Verbesserung der Produktionsmethoden ungerecht und unvernünftig ist. Die planmäßige Verbesserung unseres Produktionsapparates erfordert jedoch einen Kapitalaufwand, der unserer verarmten Wirtschaft schon jetzt unmöglich ist. Vielmehr muß die Parole lauten: Durch Mehrleistung zum Achtstundentag. Erst wenn wir uns durch verstärkte Leistung aus der Kapitalnot und aus der Geldvoormundschafft des Auslandes losgelöst haben, arbeiten wir unter gleichen Bedingungen wie das Ausland und können uns einer internationalen Regelung der Arbeitszeitfrage unterwerfen. Diese Einsicht sollte die Massen der deutschen Arbeiter dazu bewegen, das Arbeitsoffer freiwillig auf sich zu nehmen. Würde den Arbeitern eine längere Arbeitszeit aufoktropiert, so würde bei jeder Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern neue schwere Unruhe in die Produktion gebracht und der soziale Kriegszustand in Deutschland verewigt. Es ist die Pflicht aller an der großen sozialen Auseinandersetzung unbeteiligten Deutschen, die beiden Parteien auf der Grundlage der freiwilligen Mehrleistung zu einigen.

Herriot im Senat.

Paris, 13. Juli.

In der in der Freitagsitzung des Senats fortgesetzten Interpellationsdebatte begründete zunächst Senator David seine Interpellation, die die finanziellen Fragen des Sachverständigenberichts zum Gegenstand hat. Sodann sprach Senator Doussier. Dieser vertrat die Ansicht, daß das Sachverständigenprogramm eine Verringerung der französischen Forderungen an Deutschland nach sich ziehen werde, und daß man als Gegenleistung eine entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schuld verlangen könne.

Hierauf ergriff

Ministerpräsident Herriot

das Wort, um auf die Rede Poincarés, die er als „nur von dialektischem Wert“ bezeichnete, zu antworten. Herriot erklärte, es erscheine ihm sehr zweifelhaft, ob am Vorabend der Londoner Verhandlungen eine solche Erörterung nützlich sei. Es sei nicht gut, jemanden mit Ketten zu belasten, der Verhandlungen führen soll. Der Tagesplan sei nicht vollkommen, aber es sei die Aufgabe der jetzigen Regierung, zwischen London und Paris herzliche Beziehungen herzustellen. In der letzten Zeit veruche man, durch unrichtige Erklärungen die öffentliche Meinung zu erregen. MacDonald habe gewünscht, mit ihm eine private Unterredung zu haben. Man behauptet, sagte Herriot, ich hätte in ihrem

Verlauf die Rolle eines unerfahrenen Idealisten gespielt. Hat denn das Ideal während des letzten Krieges keine Rolle gespielt? Hat nicht Deutschland immer die moralischen Seiten des Problems verkannt?

Herriot sprach sodann MacDonald seinen Dank für dessen Entgegenkommen aus und erklärte, die französische Regierung müsse endlich an die Stelle der Aktion Frankreichs und Belgiens ein interalliiertes Abkommen setzen. Vielleicht wäre es geschickt gewesen, das Problem zu vertagen. Aber im Januar 1925 erlangte Deutschland Frankreich gegenüber seine wirtschaftliche Freiheit wieder. Wenn kein Abkommen geschlossen wird, werden dann nicht sämtliche französischen Interessen, namentlich diejenigen des Elzas gefährdet? Eine solche Verständigung sei also notwendig. Es genüge nicht, die Obligationen, wie es der Dawesbericht vorschreibe, zur Emission zu bringen, oder eine Anleihe von 800 Millionen vorzulegen, man müsse sie auch plazieren. Und hierwegen bemühten sich die Engländer und Amerikaner fortgesetzt. Wir haben die Rechte der Repko keineswegs gefährdet. Die italienische und belgische Regierung haben bereits die Grundlagen der französisch-englischen Note angenommen. Ich kann deshalb das vollkommene Einverständnis aller Alliierten feststellen. Man müsse ein interalliiertes Amt für die Transaktion schaffen. Auch hinsichtlich der Sachlieferungen müßten Vorkehrungen ergriffen werden.

Wenn man die Prüfung des Sachverständigenplanes fortsetzt, muß man auch die Frage der Festlegung der deutschen Zahlungen aufwerfen. Frankreich muß seinen Anteil an der deutschen Prosperität haben. Entweder Deutschland sei schwach und könne nicht zahlen, oder Deutschland sei stark und dann sei zu befürchten, daß es nicht zahlen wolle. Das sei das Dilemma, aus dem man herauskommen müsse. Deshalb hätten die Sachverständigen sich zur Schaffung eines Index für die Prosperität Deutschlands ausgesprochen.

Der Versailles Vertrag müsse respektiert werden, desgleichen seine Schöpfung: die Repko. Rühre man auch nur im geringsten an seinem Aufbau, so würden so viele Interessen berührt werden, daß der Krieg unvermeidlich sei. Er habe jeden Schiedspruch über den Kopf der Repko hinweg abgelehnt. — Herriot begrüßte dann die in Aussicht genommene Beteiligung Amerikas an den Verhandlungen der Repko über etwaige deutsche Verzehrungen. Man wendet vielleicht ein, daß, wenn die Verzehrungen festgestellt seien, man nicht wisse, was dann geschehen solle. In dieser Beziehung hat die Zustimmung der vorausgegangenen Regierung zum Sachverständigenbericht meine Aufgaben begrenzt. Wenn nach Feststellung einer deutschen Verzehrung eine Verständigung zwischen den Alliierten nicht zu erzielen ist, so würde Frankreich auf alle Fälle freie Hand behalten.

Herriot vertrat darauf den Standpunkt, daß der Plan Bonar Laws aus dem Jahre 1923 dem Sachverständigenplan überlegen gewesen sei. Werde die Frage der interalliierten Schulden nicht geregelt, wie sie geregelt werden müsse, so sei nicht abzusehen, was aus den französischen Finanzen werden solle. Poincaré selbst habe anerkannt, daß die Londoner Konferenz nicht durch die Frage der Garantiepakte belastet werden dürfe, indessen habe er, Herriot, in Chequers die Frage der Sicherheit der französischen Besatzungstruppen keineswegs vernachlässigt. Hinsichtlich der Räumung des linken Rheinufers bestätigte er die Erklärungen der vorausgegangenen Regierung. In der Abrüstungsfrage sei seine Haltung durch die Zugehörigkeit des Generals Koller zu seinem Kabinett gekennzeichnet. Bezüglich der Einladung Deutschlands zur Konferenz habe er, Herriot, gesagt, daß Deutschland keine privilegierte Stellung verschafft werden dürfe, aber es liege nicht in seiner Macht, zu entscheiden, ob Deutschland den Sachverständigenbericht zeichnen solle oder nicht. Es böten sich zwei Methoden, um zu einer Lösung zu gelangen. Die erste bestehe darin, daß man immer und ewig allein handeln wolle. Wenn die neue Regierung diese Methode wählen würde, so wäre das ein Rückfall zur

Politik der Strenge gegenüber Deutschland. Herriot trat demgegenüber für eine Verständigung Frankreichs mit England ein, wodurch Deutschland gezwungen werde, seinem Weg in friedlicher Entwicklung zu suchen. Wenn England und Frankreich sich trennten, so bedeute das, daß Deutschland den Männern der Gewalt ausgeliefert werde, so bedeute das die Revanche, den Krieg. Die französisch-englische Annäherung brauche keine von den berechtigten Ansprüchen Frankreichs zu verkümmern.

Der Senat hat am Schluß der großen Interpellationsdebatte dem Kabinett Herriot mit 246 gegen 18 Stimmen bei etwa 50 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die von der Regierung angenommene Resolution lautet folgendermaßen:

„Der Senat befundet aufs neue, daß Frankreich der Sache des Friedens zugetan ist und gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Regierung im Einvernehmen mit den Verbündeten die Ausführung des Versailles Vertrags forsetzt, um für Frankreich Reparationen und Sicherheiten zu erlangen, und geht zur Tagesordnung über.“

Der Fall Hildenbrand.

Der Fall Hildenbrand hat in letzter Zeit viel Staub aufgewirbelt. Die Oppositionspresse in Württemberg griff Staatspräsident Basile scharf an und warf ihm Willkür aus parteipolitischen Gründen, sowie einen Vorstoß gegen die Abbauperordnung vor. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Abberufung des württ. Gesandten Hildenbrand auf einmütigen Beschluß des Staatsministeriums erfolgte und daß für die Abberufung die denkbar rücksichtsvollste Form gewählt wurde. Hildenbrand wurde am 17. Juni in höflicher Weise aufgefordert, sich in den einseitigen Ruhestand zu versetzen, weil das Staatsministerium im Hinblick auf die bevorstehenden umfangreichen, insbesondere durch das Sachverständigengutachten bedingten Gesetze, die in steuerlicher und juristischer Hinsicht eingehende Sachkenntnis voraussehen, die Befehung des Gesandtenpostens mit einem Fachmann für unbedingt geboten hält. Am 25. Juni lag noch keine Antwort des Gesandten vor, obwohl ihm das Schreiben des Staatsministeriums in einem Eilbrief zugegangen war. Er wurde deshalb telegraphisch um eingehende Auskunft gebeten. Erst am 27. Juni kam ein Telegramm an, daß die Antwort abgegangen sei. Inzwischen hatte aber das Staatsministerium wiederum einmütig beschlossen, Hildenbrand in den vorläufigen Ruhestand zu versetzen und zwar mit einem Wartegeld von 5700 M. Das ist für den Staat eine teure Sache und für Hildenbrand ein sehr einträglicher und vorteilhafter Abschluß seiner nur fünfjährigen Tätigkeit im Dienste des Staates.

Der neue Gesandte in Berlin und bisherige Präsident des Landesfinanzamts, Dr. Bosler, dem der Ruf eines vorragend tüchtigen Beamten vorausgeht, ist kein Parteimann und deshalb entbehrt der Vorwurf, daß parteipolitische Erwägungen für die Abberufung Hildenbrands ausschlaggebend gewesen seien, jeglicher Begründung.

Wenn die württembergische Regierung bisher trotz der schweren gegen sie gerichteten Angriffe schweig, so geschah dies lediglich aus schonender Rücksicht gegen den bisherigen Gesandten Hildenbrand, dessen Tätigkeit schon vor dem Regierungswechsel keineswegs bestritten hatte. Hildenbrand hatte seine Regierung recht häufig nicht nur ungenügend unterrichtet, sondern in einigen Fällen auch in anderer Hinsicht völlig verjagt. Zweimal hat er gegen ausdrückliche Instruktionen der Regierung gehandelt und einer dieser Fälle der eine Pflichtverletzung mit erheblichen Folgen darstellte, war geradezu ein Skandal. Dieser Fall wäre hinreichend gewesen, um Hildenbrand auf dem Wege des Disziplinarverfahrens ohne Gehalt abzusehen.

Die Person des neuen Gesandten bürgt dafür, daß die Vertretung der württembergischen Interessen in Berlin nunmehr in eine feste Hand kommt.

Neues vom Tage.

Ausgang des Verkehrs.

Berlin, 13. Juli. Ueber die Verkehrsfrage der deutschen Reichsbahn im Juni d. J. wird von unrichtiger Seite mitgeteilt: Die durch die anhaltende Kapital- und Kreditnot bedrängte Lage des Wirtschaftslebens wirkte auch im Monat Juni verschlechternd auf die Verkehrsfrage. Die täglichen Leistungen der Eisenbahn gingen dementsprechend zurück. Obwohl nach Beendigung der Arbeitersanktionen in den Kohlenbetrieben wieder ein höherer Bedarf an offenen Wagen auftrat, waren die Anforderungen an den Wagenpark nach den vorläufigen Feststellungen im ganzen geringer als im Vormonat. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Juni unter Einrechnung des Fronleichnamstages nur vierundzwanzig Arbeitstage hatte gegen 28 des Mai. Die arbeitsfähige Anforderung ist gegen den Vormonat um etwa 5500 Wagen zurückgegangen. Der Bedarf wurde voll gedeckt und der Verkehr ohne Schwierigkeiten bewältigt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung?

Berlin, 13. Juli. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat beschlossen, daß die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung sofort so zu gestalten seien, daß die Hauptunterstützung um 20—25 Prozent und die Familienzuschläge um 100 Prozent erhöht werden. Die bisherige prinzipielle Bestimmung, wonach Erwerbslose unter 18 Jahren keine Erwerbslosenunterstützung beziehen dürfen, soll dahin abgeändert werden, daß künftighin nur Personen unter 17 Jahren von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen sein sollen. Endlich wurde beschlossen, daß die bisherige Bestimmung, wonach als Krankengeld nur die Hälfte der Unterstützungssätze bezahlt wurde, dahin umgewandelt werden soll, daß der vollständige Satz der Erwerbslosenfürsorge als Krankengeld gewährt wird.

Englische Beschwichtigung in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus London berichtet: Das Auswärtige Amt hat am Freitag den britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Albarn, angewiesen, Deutschland davor zu warnen, eine allzu pessimistische Ansicht von der Erklärung über die letzten Pariser Verhandlungen zu haben. Es wird darauf hingewiesen, daß in dem Schriftstück nichts steht, was eine Einladung der Deutschen zu einer Teilnahme an der Konferenz zu einem späteren Tag verhindert, noch beseitigt es die Notwendigkeit eines besonderen Protokolls für Deutschland zur Anwendung des Dawesberichts. Ferner soll an Deutschland die Mahnung ergangen sein, daß seine Aufgaben wesentlich erleichtert werden würden, wenn es keine Schwierigkeiten bereite, die Gesetze anzunehmen, die für die Ausführung des Dawesberichts notwendig sind.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Prag, 13. Juli. Es wurde folgende amtliche Mitteilung über die Konferenz der Kleinen Entente ausgeben: Der Kleine Verband, der von Beginn an ein Interesse daran hatte, die Übereinstimmung unter den Regierungen des Großen Verbandes aufrechterhalten zu sehen, stellt mit Befriedigung fest, daß dieser sich dem Übereinkommen über die Entschädigungen nähert. Die Minister haben festgestellt, daß verschiedene Zwischenfälle der letzten Zeit auf die engen und aufrichtigen Beziehungen, die vom ersten Augenblick zwischen den drei Staaten bestehen, keinen Einfluß gehabt haben und haben können. Die königreiche Rumänien und Südbanien, sowie die Adelsfamilie sind fester denn je durch die gemeinsamen Lebensinteressen verknüpft. Der Kleine Verband befolgt die Erhaltung des Friedenszustandes und ist in dieser Richtung bemüht, durch ihre gemeinsame Tätigkeit unter allen Umständen diesen Zustand zu bewahren und zu festigen.

Ein Maienglück.

Originalroman von G. Wildenburg.

11.

(Nachdruck verboten.)

Als sie sich dann Nachmittags im Terrace trafen, da sangen die Weigen so süß, die Töne drangen wie schwirrendes Gift in die Ohren, sie heraufschien, bedrückten — sie waren gleich einem Opiat, das willenlos machte —

Es herrschte eine geradezu aufreizende Atmosphäre in dem türkischen Terrace. Sie saßen allein unter einem der kleinen Teppichstühle, die die Ecken ausfüllten und die so recht zum Flirten geeignet schienen, denn man war ganz verborgen hinter den vorfallenden Teppichportieren. Dazwischen aufgestellte Palmen täuschten den Sünden vor, und der rote Schein der türkischen Ampel warf ein phantastisches Licht auf Wilmas glühendes Gesicht, und die fremdartigen Waffen, mit denen die ganze Teppichdecoration zusammengehalten war. Dem Morca war nun Bonite mit Konjekt geblut. Graf Dieter hatte ja das Geld dazu, und war es mal nicht da, so mußte er sich von seinen Gläubigern immer wieder zu beschaffen. Als Wilma dann ausgetrunken hatte, stand plötzlich ein Gläschen Sekt vor ihr. Log doch Graf Dieter viel daran, seine Dame in Stimmung zu bringen! Wie eine betäubende Atmosphäre hüllten jetzt die schwirrenden Geigenklänge, die die Baccarole wiedergaben, sie ein —

„Süße Nacht, o Liebesnacht —“

„O hüte mein Verlangen —“

Und Graf Dieters glühender Atem streifte Wilma. Sie fühlte ihren Willen, der sie bisher so sicher geleitet hatte, wanken und stüßend drangen die Worte an ihre Ohr:

„Wilma, süße Wilma, hörst Du nicht das Lied der Liebesnacht? Wenn ich nur ein einzigesmal mit Dir diese Bekanntschaft machen könnte!“

Und er küßte ihr die Hand bis zum Ellenbogen hinauf. Den einen Arm hatte er um ihre Taille geschlungen, und nun versuchte er den seinen schlanken Körper ganz an sich zu ziehen —

Wilma sah reizend aus in diesem Augenblick; hätte sie das geahnt, wäre sie nicht so erstaunt gewesen über die rasende Leidenschaft, die bei Dieter jetzt zum Ausbruch kam.

Sie war schon immer hübsch gewesen. Aber sagte man nicht, daß ein Weib noch hundertmal verschöner würde, wenn es von dem Bluthauch eines Mannes überstrahlt wird? — Ihre feinen Züge waren in einen rosigem Schein getaucht, die Lippen hatten sich noch mehr gekraust und umrahmten überaus reizvoll das Gesichtchen, ihre Augen schimmerten im leuchtenden Glanz — Wilma war einen Augenblick willenlos. Das Rauberlied, das Graf Dieter sang, begann auch auf sie seine Wirkung auszuüben, denn sie war doch nicht aus kaltem Stein, sondern ein Weib aus Fleisch und Blut, das unbewußt mit allen Fasern seines Körpers nach Liebe verlangte und Liebe zu geben begehrte —

Da aber wachte Wilmas Verstand wieder auf; im letzten gefährlichsten Moment ließ er sie Ruhe und Besonnenheit wiederfinden. Graf Dieter hatte ja noch nichts von Ehe gesprochen, sondern nur von Liebe, — das Wort „Braut“ war noch nicht gefallen!

Nein, nur sich nicht verlieren, ein Gotteswille nicht! Dieter ahnte nichts von dem Kampf, den Wilma kämpfte; sie mußte eigentlich wissen, daß er, der „unadelige Kavaliere“ mit der vornehmen Familie, sie niemals zu seinem Weibe machen konnte. Ein Graf Dieter Mühlhausen und eine Verkäuferin im Warenhaus — dessen mußte sie sich klar sein, ehe sie sich ihm hingab, daß das nimmer möglich sein würde —

Und er glaubte sich trotz allem schon am Ziele — Die Musik brach ab und wie eine Erquickung kam es über Wilma, sie rieb sich die glühende Stirn und machte sich mit einem Ruck los.

„Ja muß nun gehen, Graf. Ich habe zu Hause noch Nötiges zu tun. Eine arme Verkäuferin wie ich kann ihren einzigen freien Tag in der Woche nicht ausschließlich zu ihrem Vergnügen verwenden.“ Sie griff nach ihrem Schleier, um ihn über den samtigen Zwirns zu binden; er aber hielt ihr die Hände fest.

Er war außer sich.

„Sie wollen mich heute verlassen, wo unsere Bejammensein so traut ist wie noch nie?“

Seine Stimme bebte vor verhaltener Leidenschaft und Erregung. Doch Wilma streifte kühl die heißen Männerhände ab, die von neuem nach ihr greifen wollten und an allen Fasern bebend gleich glühenden Eisen auf ihrem Armen brannten.

„Ich bitte Sie, Graf, die Leute werden schon aufmerksam,“ wies sie den Mann in seine Schranken zurück. Der Gemahre: bis sich ärgert auf die Lippen. Was erlaubte sich nur die Kleine!

Aber er würde sie keinen Willen fühlen lassen, wenn sie nur erst sein war; der Tag würde ja kommen — bald, vielleicht schon heute —

Das würde raiende Begehren glühte wieder in ihm auf, das durch ihren Widerstand bis zur Unertügligkeit gesteigert wurde. Wilma war fertig zum Gehen; war sie auch nicht so kostbar gekleidet wie die andern Damen ihrer nächsten Umgebung, so entzückte sie den Verliebten doch wieder durch ihr mädchenhaftes Aier das ein Bild räuberischer Unschuld mit Bornehmtheit gepaart bot. Sie gefiel ihm ausnehmend.

Die changierende Seidenstube ließ den schlanken Hals frei, der sich gleich einer fremdartigen Blume aus dem cremefarbenen Spitzengewirk hob, der schwarzlamme Zwirns stand gut zu dem matten Eiseninton ihres Gesichts.

(Fortsetzung folgt.)

Die Anleihe durch Sanktionen gefährdet.

London, 13. Juli. Machon's soll am Donnerstag bereits den Besitz von Informationen gelangt sein, wonach die City nicht bereit ist und auch nicht in der Lage wäre, ihren Anteil an der 40 Millionen Pfund-Anleihe aufzubringen, wenn Frankreich streng an dem Standpunkt festhalten würde, der in der englisch-französischen Note vom vorigen Mittwoch niedergelegt wurde.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 14. Juli 1924.

Einen heißen Tag brachte uns der gestrige Sonntag. Groß und Klein suchte Schutz teils in den kühlen Schatten unserer herrlichen Tannenwäldern, teils in dem erfrischenden Nass unserer Flüsse und Bäche.

Stuttgart, 13. Juli. (Vom Landtag.) Im Steuerantrag des Landtags wurde ein sozialdemokratischer Antrag betr. Aenderung des Gewerbesteuergesetzes mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Rühle-Ströbel-Scheef angenommen, daß nach endgültiger Beratschlagung der entsprechenden Reichsteuergesetze die gleiche Gleichartigkeit von Gebäuden, Grund- und Gewerbesteuer herbeigeführt werden soll.

Der neue württembergische Gesandte in Berlin. Das Staatsministerium hat den Präsidenten des Landesfinanzamts, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, in Stuttgart, Dr. jur. B. S. B. S. zum württembergischen Gesandten bei der Reichsregierung sowie zum stellvertretenden Reichsratsabgeordneten mit der Dienststellung eines Staatsrats und gleichzeitig zum württembergischen Gesandten bei der preussischen Staatsregierung ernannt.

Vom Landestheater. Mit dem Ende der Spielzeit sind am Landestheater im Schauspiel 9, in der Oper 8 künstlerische Kräfte, bei der Leitung 3, zusammen 20 Personen ausgeschieden.

Zabingen, 13. Juli. (Kolonial-Gedenkfeier der Universität.) 40 Jahre sind es her, seitdem Deutschland seine erste Kolonie erworben hat. Diese denkwürdige Tatsache gab auch der hiesigen Universität Anlaß, der untergeleiteten, einzig dastehenden Pionierarbeiten der deutschen Kolonialforscher in den einstigen kolonialen Überseegebieten in einem eigenen Festakt zu gedenken.

Stimpfach, 13. Juli. (Erdbeben.) Der beim Umbau der Beladerrampe beschäftigte verheiratete Dollmeier von Jagstheim geriet auf dem Bahnhof beim Abkuppeln unter die Räder eines Wagens, so daß ihm beide Hüfte abgefahren wurden. Der Bedauernswerte starb bald darauf. Er hinterläßt vier unversorgte Kinder.

Heidenheim, 13. Juli. (Seynglaubten.) Auf Grund von Behauptungen des „Bamberdorfers“ in Gumbelungen bezeichneten die Gelehrte W. und G. hier ein Denkmäler als Derge, die ihnen allerlei Böses angetan habe. Wegen dieser Herangelegte kam es vor dem Amtsgericht zu einer Verhandlung, die einen erschreckend giftigen Tiefstand offenbarte.

Marl, ihre Ehefrauen von je 5 Mt. verurteilt, für Zuhilfenahme viel zu wenig.

Ertrunkenen in Hohenj., 11. Juli. (Ertrunken.) Ein 14-jähriges Kind des Straßenwärters Widmann fiel beim Spielen in den Bach und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Worzhelm, 12. Juli. (Selbstmord.) In der Gegend des Haldenwegs fand man die Leiche eines etwa 20-jährigen jungen Mannes, der sich dort aus unbekanntem Gründen erschossen hat.

Die württembergische Innere Mission im letzten Vierteljahrhundert.

Ep. Eine erfreuliche, für das Volkwohl und den Volksgeist bedeutungsvolle Entwicklung haben in Württemberg während der letzten 25 Jahre trotz aller Hemmungen in der Kriegs- und Inflationszeit die Arbeitszweige der Inneren Mission erlebt. Nach den Berichten, die der seit Kriegsende gebildeten, 60 Vereine und Anstalten umfassenden Landesvereinigung für Innere Mission kürzlich erstattet wurden, ist es gelungen, die meisten Anstalten während der letzten kritischen Jahre zu erhalten. Seit 1900 ist die Zahl der Krippen von 11 auf 21, die der Kinderpflegen von 229 auf 329, die der Großheppacher Kleinkinder-Heimstätten von 246 auf 424 gestiegen, neben ihnen sind noch 100 „Kinderhäuser“ ohne volle seminaristische Ausbildung tätig; die Erziehungsanstalten betreuen 1320 Böglinge beiderlei Geschlechts.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ein Großfeuer zerstörte die Dampfmühlwerke Haase 'n Kalbitz bei Halle vollständig. Sämtliche Vorräte wurden vernichtet.

Das Brandunglück in Messina. In Messina wurden bei dem Brand der Normal- und Gymnasiums und der Karmeliterkirche, der 80 Holzhäuser einschloß, 30 Feuerwehreinheiten und Zivilisten verwundet. Ungefähr 1500 Personen sind obdachlos. — Nach einer späteren Meldung wurden infolge der Feuersbrunst in Messina 250 Wohngebäude zerstört. Die Regierung beschloß Hilfsmaßnahmen, indem sie 25 Millionen zum Bau von Wohnungen für die Bevölkerung dem Präfekten von Messina zur Verfügung stellte.

Die brasilianische Revolution. Einer Neutermeldung zufolge ist die Regierung in Sao Paulo gestürzt. Die revolutionäre Junta gewann die Oberhand. General Rondon bildete eine vorläufige Regierung.

See räuber in amerikanischen Gewässern. Einem Journalbericht aus Halifax zufolge wurde der französische Dampfer „Mülhausen“ auf der Höhe von New-Jersey vor zwei Wochen von Rum-Piraten angehalten, die Alkohol im Werte von 500 000 Dollar raubten. Wie die mit der Durchsicherung des Alkoholverbotes beauftragte Behörde erfährt, ist noch ein zweites Schiff von Piraten angehalten, der Kapitän ermordet und über Bord geworfen worden. Alkohol im Werte von 250 000 Dollar fiel bei dieser Gelegenheit in die Hände der Piraten.

Gesandnis des hannoverschen Massensoldaten. Die Aufsehen erregende Affäre der Ermordung vieler junger Männer aus guten Familien durch den ehemaligen Polizeipolizeihaarmann in Hannover hat jetzt in soweit eine gewisse Klärung erfahren, als der Massensoldat das Gesandnis abgelegt hat, er habe schätzenswerte insgesamt 14 junge Leute in sein Haus gelockt und ermordet. Das Donnerstag Nacht mit Haarmann geführte Verhör mußte abgebrochen werden, weil der Verbrecher unter der Aufregung in dem Augenblick ohnmächtig zusammenbrach, als er eben verprochen hatte, zu gestehen. Freitag früh aber hielt er sein Versprechen und sagte in seinem Gesandnis, daß er sich vielleicht noch auf andere Wortdaten besinnen werde. Die auffällige Tatsache, daß man erst so spät das Treiben des Massensoldaten entdeckt hat, erklärt sich daraus, daß die Freunde der ermordeten jungen Leute keinerlei Angaben über ihren Verkehr mit Haarmann machten, weil sie fürchteten, daß damit ihre homosexuellen Neigungen an den Tag kämen. Die Empörung über die Untat Haarmanns in der hannoverschen Bevölkerung ist so groß, daß Donnerstag nacht mehrere Tausend Menschen vor das Haus einer Frau zogen, die verdächtigt wird, gemeinsam mit ihren beiden Söhnen, Haarmann ermordet, auch dem Mörder.

Haarmann zugeführt zu haben. Die Polizei befreite die drei Frauen von der Menge, die den Versuch machte, in die Wohnung der Verdächtigen einzudringen. In dem anschließenden Verhör konnte den drei Frauen aber keine verbrecherische Absicht nachgewiesen werden.

Die modernen Subitöpsen. In der „R. Berl. Ztg.“ wird festgestellt, daß im Berliner Westen, dem Stadtviertel der eleganten Welt, der Subitöps sehr häufig sei. Unter 500 Damen zählte man 60 Subitöpsen, das sind 12 Prozent. Dasselbe Ergebnis fand man in Theatern und auf Bällen: 12 Prozent. In der südlichen Friedrichstraße dagegen konnte man mit Nähe und Not 7 Prozent feststellen, im Osten sank die Ziffer auf 5 Prozent.

Uebergroße Einwanderung Deutscher in Brasilien.

Die Einwanderung von Deutschen nach Brasilien hat neuerdings eine Wendung genommen, die zu erster Besorgnis Anlaß gibt. Nach einer Mitteilung des „Einwanderungs-Verwalters“ sollen vom 1. Januar bis 15. März auf der Blumeninsel 2707 Deutsche angekommen worden sein. Hierzu kommt die große Menge der in Rio Landenden, sowie derjenigen, welche direkt nach Santos oder direkt nach Süden reisen.

Die deutschen Geschäfte werden von fleischsuchenden „Neudeutschen“ überlaufen und sind kaum mehr in der Lage, irgend jemanden anzustellen. Auch die Gefandtschaft wird täglich von Einwanderern aufgesucht, die um jeden Preis irgend einen Posten zu erhalten suchen. Nach den aus anderen Staaten vorliegenden Nachrichten liegen die Verhältnisse dort ähnlich. Sollte der Einwandererstrom nicht bald nachlassen, so muß man damit rechnen, daß die Mehrzahl der mittellos im Brasilien Ankommenden trotz der Bemühungen aller beteiligten Stellen arbeitslos bleiben und einem überaus traurigen Schicksal verfallen.

Auch der brasilianische „Intendent“ der Einwanderung hat sich dahin geäußert, daß die übermäßig starke Einwanderung, so begründet wie sie auch sei, wegen Mangels an vernünftigen Regierungsmaßnahmen auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Er erklärte ferner, daß die brasilianische Regierung zurzeit Freifahrten für Neueinreisende nicht gewährt.

Die jetzt in Scharen eintreffenden deutschen Einwanderer eignen sich im allgemeinen noch weniger als in früheren Jahren zum Ansiedler. Sie sind zum großen Teil Industriearbeiter oder Großstadtbewohner, die, das Beispiel der deutschen Bauern vor Augen, sich einbilden, durch Auswanderung nach Brasilien dem Nahrungsmittelmangel und körperlicher Not zu entkommen. Sie mögen vielen guten Willen haben; sind sie aber erst im Lande und lernen die vielen Enttäuschungen kennen, die hier zu beginnen mit schwarzen Bohnen und Reis, dem dem deutschen Gaumen wenig zuzugemessenen Nationalgericht ihrer warten, so schlägt ihre Stimmung, oft schon bevor sie an die Arbeitsstelle kommen, doch um, und nicht wenige werfen nach kurzer Arbeit schon die Hinte ins Korn. Porto Alegre, Blumenau, Florianopolis und Joinville sind angefüllt mit deutschen Rückwanderern, die einen Siedlungsversuch gemacht haben, die nötige Energie zum Durchhalten aber nicht besaßen und nur eines sehnlichst wünschen: Auf irgend eine Weise wieder nach Deutschland zurückzugehen.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Waldmarkt. Die vielfach gehaltenen Hoffnungen auf eine Besserung des Waldmarktes im Sinne einer Erleichterung des Kreditverkehrs und billigeren Zinsen sind in dieser Hinsicht noch um keinen Schritt weiter gekommen. Die Differenzen zwischen England und Frankreich vor der Londoner Konferenz, das Pariser Protokoll und ähnliche unranzösische Entscheidungen haben den Optimismus der Freunde einer internationalen Kreditunion wieder gebrochen und die Überzeugung befestigt, daß in Frankreich noch immer keine ernstliche Hilfe vorhanden ist, um eine billige Lösung des Konflikts herbeizuführen. Man sieht unter dem Eindruck der widerwärtigen Reden von Staatsmännern auf beiden Seiten des Kanals, daß in Deutschland die Meinungen ebenfalls geteilt sind, aber die Mehrheit ist dem Waldmarkt abtrübselt, was durch ein neues Annehmen und ein leichtes Ansehen der Sache zum Ausdruck kam. Insofern es sich um die Erhaltung der Industrie und um die Erhaltung der Produktion und zur Erhaltung der Industrie und um die Erhaltung der Produktion und um die Erhaltung der Produktion handelt, so ist die Haltung der Konfession und Geschäftsausschüsse insofern noch nicht merklich abgenommen.

Wald. Die Deflation, die in der vorigen Woche sich auf einen großen Schlag gerichtet hatte und wieder einmal eine regelrechte Entfesselung heraufbeschied, ist um eine Entschärfung verlohren worden und hat an ihren vorläufigen Klauen gutes Geld verloren. Die Inflation der deutschen Regierung auf innerpolitischen Gebiet, in besonderem Maße auf die Kreditseite, ist nur zu erklären aus drei Faktoren: Inanspruchnahme durch die ausländischen Anleihegebern mit ihrem ewigen Rotenwechsel und dem endlosen Redebühnen der Minister. Zwar ist es immer noch Reelle, die mit einem billigen Umlauf des Geldes rechnen und der Wirt wieder goldene Tage prognostizieren, allein wenn man die Mittel betrachtet und die Bewegung der einzelnen Variablen während der letzten Woche verfolgt, so löst man wohl die Worte, sieht aber nicht die Taten. Die einzelnen Effekten immer noch gekauft werden und nachstehende einen fastlichen Fortschritt erreicht haben, der seine guten Gründe in diesen Papieren nicht aber in der allgemeinen Tendenz. Bemerkenswert ist die Haltung der selbstverwaltlichen Anleihegeber, aus der große Hoffnungen bezüglich einer weiteren Aufwertung hervorleuchten.

Waldmarkt. Auch in dieser Woche war das Geschäft in den Landesprodukten klein, aber die Stimmung ziemlich fest. Das Ausland weiß feste Preise auf, die auch bei uns anregend wirken. Die Devisen- und Strohpreise in Stuttgart sind auf 5 bzw. 4,25 zurückgegangen. In Berlin notierten Weizen 146 (plus 2), Roggen 137 (plus 2), Braugerste 130 (plus 2), Hafer 134 (plus 2), Weiz 24 (plus 0,5).

Waldmarkt. Der Preisbau macht energische Fortschritte. Man hat viel Stiel bei Beinahe zu Bruchgefallen. Textilwaren sind zwar noch teuer, haben aber doch schon wiederholt abgerufen. Die Textil- und Eisenpreise bewegen sich weiterhin rückwärts. In den Lebensmittel ist keine weitere Verbilligung eingetreten, besonders nicht in Butter und Eier. Chemikalien, namentlich Nordöl, haben noch hoch und sind abbaubeherrschend. Sozialpolitik aber hat verhalten am liebsten auf den alten Weisen.

Waldmarkt. Die große Austerität vermerkt allmählich den Zutrieb auf den Schlachtwirtschaften. Das macht sich namentlich bei Rindfleisch bemerkbar, das auch in Stuttgart eine Erleichterung des Verkehrs erleiden wird. Das hat jedoch zur Voraussetzung, daß auch die Fleischpreise, die die Landwirte zu kaufen gezwungen sind, annehmliche Preisrückgänge erfahren. Kupfer wird wieder schwächer und gut bezahlt.

Wutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck liegt jetzt im Osten, so daß mit beständiger Bitterung gerechnet werden kann. Für Dienstag ist deshalb heiteres, trockenes und sehr warmes, höchstens zu vereinzelten Gewitterstürzen geneigtes Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Zur Militärkontrolle.

WTB. Berlin, 14. Juli. Gegenüber einem von der deutschnationalen Presse veröffentlichten offenen Brief des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion an den Reichsminister des Innern Dr. Stresemann betreffend die Antwort der alliierten Mächte auf die deutsche Note vom 30. Juni in Sachen der Militärkontrolle wird an zuständiger Stelle betont, die alliierten Regierungen versicherten, daß sie in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung den Wunsch hätten, die Kontrolle wenn möglich bis zum 30. Sept. zum Abschluß zu bringen und daß die Kontrollkommission mit allen Kräften dazu beitragen werde, diesen Wunsch zu verwirklichen. Die alliierten Regierungen versprechen ferner, daß die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion im Geiste der letzten Mitteilungen der alliierten Regierungen abgefaßt und daß Anregungen der deutschen Regierung wegen dieser Modalitäten in diesem Geiste geprüft werden sollen.

Staatssekretär Hughes auf der Reise nach Europa.

WTB. Washington, 14. Juli. Staatssekretär Hughes reiste gestern Abend an Bord des Dampfers „Gerengaria“

nach Europa ab. Er wird einen Monat fortbleiben. Wie gemeldet wird, wird er sich nach einem bis Ende Juli dauernden Aufenthalt in London, der mit der Konferenz des internationalen Anwälteverbands zusammenhängt, nach Paris begeben, wo er zwei Tage lang Gast des französischen Anwälteverbands sein wird. Der übrige Teil der Reise soll gänzlicher Erholung gewidmet sein. Es wird für falsch erklärt, daß Hughes beabsichtige auch Berlin zu besuchen. Nach einer amtlichen Mitteilung beabsichtigt er in keiner Weise an den Reparationsverhandlungen teilzunehmen, zu denen sich die alliierten Delegierten zur Zeit seiner Ankunft in London versammeln.

Stellung der kleinen Entente zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

WTB. Prag, 14. Juli. Nach Beendigung der dritten Sitzung des Kongresses der kleinen Entente empfingen die Chiefs der Delegationen Vertreter der in- und ausländischen Presse. Ministerpräsident Dr. Beneš sprach sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus, doch müsse er unter solchen Bedingungen durchgeführt werden, daß er zur Pazifizierung Europas beitrage. Deshalb müsse, bevor Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden könne, die Situation so vorbereitet sein, daß sein Eintritt

nicht eine Bedrohung des Völkerbundes selbst bedeute. Sobald sich die Großmächte über die Durchführung des Dawesplanes geeinigt hätten, werde der Augenblick gekommen sein, die Diskussion dieser Frage zu beginnen.

Für die Wahrung des deutschen Charakters in den Schulen des Saargebiets.

WTB. Berlin, 13. Juli. Die Vollversammlung der saarländischen Philologenverbände nahm eine Entschliezung an, worin sie erklärt, nach wie vor den durch den Versailler Vertrag gewährleisteten deutschen Charakter der Schulen des Saargebiets wahren zu wollen.

Absturz eines Passagierflugzeuges.

WTB. Berlin, 14. Juli. Wie der „Montag“ aus Prag meldet, explodierte während eines Passagierfluges, den der Pilot einer privaten Flugzeugfirma in der Sommerfrische Tschelakowitz bei Prag veranstaltete, der Benzinzylinder und das Flugzeug stürzte brennend in die Elbe. Von den Insassen, außer dem Piloten zwei Männer und eine Frau, konnten die beiden männlichen Fahrgäste nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Der Pilot und die Frau erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig von. Druck und Verlag der W. Rieter'schen Buchdruckerei Altona.

Was man braucht zu Anstrichzwecken

In Gewerbe und Privat.

Kauft man doch am allerbesten
Anerkannt beim Mann vom Fach.
Boden-Öle, -Lack und -Wichse
Nur die allerbeste Ware
Wie auch Schuh- und Wagenfette
Jedes Quantum lieferbar
Del zum Schmieren von Motoren
Und Maschinen jeder Art.
Alles möcht ich schön empfehlen
Im Bedarfsfall zur Abnahm'

Chr. Kiru, Malermeister
Altensteig.

Altensteig.

Zur Einmachzeit

empfehlen

Ia Kristall-Zucker, Heilbronner

1	10	25	50	100	Pfund
40	40	39	38	37	Pfg.

Ia Sand-, Gries- u. Würfel-Raffinade

1	5	25	50	Pfund
46	45	44	44	Pfg.

Preise netto Kasse

Paul Beck	Fr. Eckhard
Chr. Burghard jr.	Carl Flaig
Freig. Bühler jr.	Hch. Henzler
Lorenz Luz jr.	

Heidelbeeren

kauft jedes Quantum
Bäcker Drexel, Altensteig.

Altensteig.
Aus einer heute oder morgen eintreffenden Ladung
empfehle ich meiner Wiederverkäufereundschaft

ZUCKER

zu sehr billigem Tagespreis.

Wilh. Frey, Großhandlung
Fernruf 60.



Bekleidung

Ausstattung

Paul Rächle, Calw.

Altensteig.

Bremsenöl

(Stintöl)

in verschied. Flaschengrößen.

Fliegenfänger

Aeroson mit dem Griff

1	5	Pfg.
12	50	

empfecht

Chr. Burghard jr.

Husten Atemnot Verstopfung

Schreibe allen Leidenden
gern umsonst, womit sich schon
viele Tausende von ihren
schweren Leiden selbst
befreien. Nur Rückkarte er-
wünscht.

Walther Althaus
Heiligenstadt (Hessfeld) H. 59.

Suche

500-600 Mt.

bei bester Sicherheit u. zeit-
gem. Bins sofort aufzunehmen.
Angebote unter Chiffre
S. A. 79 a. d. Geschäftst. d. Bl.

Eine fehlerfreie



Ruh

mit dem 2. Kalb, 37 Wochen
trächtig, verkauft

Landherr, Zumweiler.

Spiegel

in allen Größen
u. verschiedenen Rahmen
empfecht preiswert die
W. Rieter'sche Buchhandlung
Altensteig.

Zwerenberg.

Zu unserem am Sonntag, den 20. Juli stattfindenden

Waldfest

sind alle Männer und Jünglinge, Frauen und Jung-
frauen der ganzen Umgebung herzlich eingeladen.
O Seele, ich bitte Dich, komm', und
trink' aus dem herrlichen Lebensstrom.
Kommt alle, es wird niemand gereuen!
Beginn mittags 2 Uhr.

Saugenwald.

Todes-Anzeige.



Bewandten und Bekannten machen wir die
traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Groß-
und Schwiegervater

Jakob Dürr

nach längerer, schwerer Krankheit im Alter von
73 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Martin Kübler mit Frau
Kathrine Kübler geb. Dürr.

Beerdigung am Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

Die billigsten Briefumschläge

mit Firmen-Ausdruck

bezieht man von der

W. Rieter'schen Buchdruckerei.



Damen- und Mädchen- Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Forzheim, u. Blumenstr.